

## Verteidigung fordert Freispruch

Urteil im Würth-Prozess naht

**Gießen.** Der Prozess um die Entführung des Milliardärsohns Würth muss aus Sicht der Staatsanwaltschaft zur Verurteilung des Angeklagten führen – die Verteidigung hingegen fordert einen Freispruch. „Es gibt keine vernünftigen Zweifel“, sagte der Anklagevertreter am Donnerstag vor dem Landgericht Gießen und forderte dreieinhalb Jahre Haft für den 48-jährigen gebürtigen Serben wegen erpresserischen Menschenraubes. Die Verteidigung befand dagegen: „Wir halten unseren Mandanten für unschuldig.“ Der behinderte Sohn des baden-württembergischen Unternehmers Reinhold Würth war im Juni 2015 im ostthüringischen Schlitz entführt worden. Der Angeklagte soll mit Komplizen zur Tat geschritten sein. Die Staatsanwaltschaft ist überzeugt, dass es der Serbe war, der drei Millionen Euro Lösegeld gefordert hatte. Nach der gescheiterten Übergabe kam der damals 50 Jahre alte Markus Würth weitgehend unverletzt frei. Beamte fanden ihn an einem Baum gekettet. *dpa*

## Zehn Jahre Haft für Brandstifter

**Düsseldorf.** Weil er ein Hotel mit darin schlafenden Gästen angezündet hat, ist ein Mann in Düsseldorf wegen achtfachen Mordversuchs zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Das Landgericht sprach den 29-jährigen Kroaten am Donnerstag schuldig. Im Dezember 2016 habe er das Düsseldorfer Hotel nachts in Brand gesetzt. Vor der Rezeption und im Treppenhaus habe er Brandbeschleuniger verschüttet und angezündet. Gäste wurden mit Drehleitern aus dem 29-Betten-Hotel gerettet, drei Personen waren aus dem Fenster gesprungen. Eine von ihnen hatte sich dabei schwer verletzt. *dpa*

## Kölner fordert Feuerwerk-Verbot

**Köln.** Ein Kölner hat einen ungewöhnlichen Antrag bei der Stadt gestellt: Er fordert ein Böllerverbot an Silvester. Den Antrag begründet er mit der hohen Feinstaubbelastung durch das Feuerwerk. Der Mann fordert die Stadt deshalb auf, Privatpersonen zu verbieten, in der Silvesternacht Böller in die Luft zu jagen – oder die Knalleri zumindest einzuschränken. Sein Argument: „Man kann nicht monatlang auf Autoherstellern rumhacken, dann aber ein regelrechtes Feinstaub-Feuerwerk erlauben.“ *hst*

## 200 Tannenbäume gestohlen

**Sundern.** Unbekannte haben gut einen Monat vor Heiligabend 200 Tannenbäume im Hochsauerlandkreis gestohlen. Vier Wochen vor Heiligabend machten die Diebe auf einer Tannenbaumschonung in Sundern reiche Beute, wie die Polizei am Donnerstag mitteilte. Dabei ließen sie bereits gefällte und für den Verkauf fertig verpackte Bäume mitgehen. *dpa*

## Immer mehr Wolfsrudel leben in Deutschland



Die Zahl der Wölfe in Deutschland steigt weiter an. Bundesweit seien nach jüngsten Daten 73 Rudel und damit 13 mehr als im Vorjahreszeitraum bestätigt, teilte das Bundesamt für Naturschutz (BfN) am Donnerstag mit. Neue Erhebungen aus den Bundesländern zeigen auch einen Anstieg der Wolfspopulation in Deutschland steht im starken Kontrast zum weltweit dramatischen Verlust der biologischen Vielfalt“, sagte BfN-Präsidentin Beate Jessel. Dieser Erfolg zeige, dass Arten von einem strengen Schutz profitieren. Das Wolfsvorkommen konzentriert sich nach Angaben des Bundesamtes weiterhin auf das Gebiet von der sächsischen Lausitz in nordwestliche Richtung über Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen bis nach Niedersachsen. Zudem wurde erstmals ein Rudel in Bayern bestätigt. In weiteren Bundesländern gibt es vereinzelt Nachweise von Wölfen. Seit 2012 unterliegen Wölfe in Sachsen dem Jagdrecht, besitzen aber eine ganzjährige Schonzeit. *FOTO DPA*

## Zwei Versionen

DORTMUND. Kein Mordversuch, keine lebenslange Haft: Im Prozess um den Bombenanschlag auf den BVB-Bus holt die Verteidigung zum Gegenschlag aus.

Von Martin von Braunschweig

**D**er Mann, auf den sich die beiden Verteidiger Christos Psaltiras und Carl Heydenreich besonders eingeschossen hatten, war am Donnerstag selbst gar nicht im Saal: Oberstaatsanwalt Carsten Dombert hatte einen Termin in Münster.

Wie berichtet hatte er zu Beginn der Woche plädiert und dabei den Antrag gestellt, den Angeklagten Sergej W. wegen Mordversuchs zu lebenslanger Haft zu verurteilen.

Mit seinen Ausführungen hatte Dombert den Ärger der Verteidiger auf sich gezogen. Einseitig und unseriös habe er argumentiert, hieß es am Donnerstag. Der Oberstaatsanwalt habe sich als „populistischer Demagoge“ entpuppt, als er etwa ausgeführt habe, Sergej W. sei allein wegen seiner Gesinnung mit lebenslanger Haft zu bestrafen.

Darüber hinaus habe Dombert

in seinem Schlussvortrag alles daran gesetzt, den Angeklagten als Person völlig zu diffamieren. „Er hat die Sensationslust des Boulevards bedient“, warf Carl Heydenreich dem abwesenden Anklagevertreter vor.

Selbst kommen die beiden Verteidiger zu einem ganz anderen Schluss. Danach hat Sergej W. zwar die Bomben gebaut und am 11. April neben dem Mannschaftsbus des BVB gezündet. „Er ist aber wirklich davon ausgegangen, dass er diese Bomben beherrschen könnte“, sagte Heydenreich. Niemand, der ernsthaft vor habe, sämtliche Insassen des Busses ums Leben zu bringen, hätte die Hecke neben der Straße als Anschlagort ausgewählt. „Denn dort parken ja auch noch Autos“, so der Verteidiger.

Carl Heydenreich beschrieb seinen Mandanten als zutiefst vernünftige Persönlichkeit. Sergej W. habe in „narzisstischer Selbstliebe seine eigen-

en Fähigkeiten überschätzt“. Einen Tötungsvorsatz, wie ihn die Staatsanwaltschaft unterstellt, habe der 29-Jährige aber zu keiner Zeit in sich getragen. „Er wollte eine erhebliche Detonation, er wollte Angst und Schrecken verbreiten“, so Heydenreich. Aber Sergej W. habe niemanden



Sergej W. habe niemanden verletzen wollen, behaupten seine Verteidiger. *FOTO DPA*

töten oder auch nur schwer verletzen wollen. „Sein Ziel war es, zuverlässig Personenschäden zu vermeiden.“

Für die Verteidiger bleibt am Ende nur eine Verurteilung wegen Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion übrig. Eine Strafe deutlich unter zehn Jahren Haft halte er dafür für angemessen und ausreichend, so Heydenreich.

### Urteil am 27. November

Im Anschluss an den Schlussvortrag hatte der Angeklagte dann selbst noch einmal die Gelegenheit, zu den Richtern und den übrigen Prozessbeteiligten zu sprechen. Er sagte jedoch nur einen einzigen Satz: „Ich möchte mich bei allen Beteiligten entschuldigen.“

Das Urteil soll am 27. November um 14 Uhr gesprochen werden. „Es gibt natürlich noch reichlich Beratungsbedarf“, sagte der Vorsitzende Richter Peter Windgätter.

## Mehr als Glühwein und Party

Die meisten Weihnachtsmärkte machen nächste Woche auf. Doch in manchen Städten ging es dieses Jahr auffällig weit vor dem ersten Advent los. Unchristliche Zeiten?

Von Gregor Tholl

**Berlin.** Deutschlands große Kirchen sehen in dem immer früheren Startdatum vieler Weihnachtsmärkte einen Ausverkauf des wichtigen christlichen Festes. „Wir wollen gar nicht die Spielverderber sein, die sich alle Jahre wieder gegen zu frühe Weihnachtsmärkte aussprechen“, sagte Ulrich Lota, Pressesprecher des Bistums Essen. Die Märkte seien aber heute vor allem Marketinginstrument, um Menschen in die City zu locken. „Uns als gläubigen Christen ist es wichtig, bei all der Markttreiberei darauf hinzuweisen, dass Weihnachten nicht irgendeine kulturelle Lichtfeier am Jahresende ist, sondern das Fest der Geburt Jesu.“

In einigen Städten ging es bereits Mitte November los. In den meisten Städten eröff-

nen die Weihnachtsmärkte jedoch nach wie vor erst nach Totensonntag am 25. November. So geht es am Montag (26. November) beispielsweise in Frankfurt, Berlin, Potsdam, Hamburg oder auch am Kölner Dom mit Glühwein und Co los.

Schon seit Donnerstag (22. November) sind aber zum Beispiel in Freiburg, Bochum, Düsseldorf und Dortmund die Weihnachtsmärkte am Start. Auch in Zürich in der Schweiz ist es bereits seit Donnerstag so weit.

Sehr früh, mehr als zwei Wochen vor dem ersten Advent, schon am 16. November, ging es in Essen los – so früh wie noch nie. Das führt zu Kritik. Bistumspre-

sprecher Lota betonte, er habe den Eindruck, dass viele Menschen spürten, dass es im November – einem Monat der Erinnerung an die Toten mit Tagen wie Allerheiligen, Volkstrauertag und Totensonntag – für das Feiern von Weihnachten viel zu früh sei. „Gut besucht kommen mir sehr frühe Adventsmärkte jedenfalls nicht vor.“ Das Leben sei nicht 365 Tage im Jahr Party.

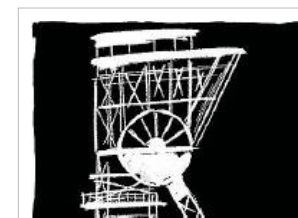
Andreas Duderstedt, Pressesprecher der Evangelischen Kirche von Westfalen, sagte: „Wenn die Adventszeit immer mehr ausgewei-



## Andenken an das Schwarze Gold

Auch wenn die Bergbau-Ära bald endet, halten Souvenirs die Erinnerung wach.

**Botrop.** Handytaschen aus Pütthemden, schwarze „Pottnudeln“, Seife in Form von Kohlebriketts und Kaffeetassen mit dem Slogan „Hau weg, die Plörre“: Wenn am Jahresende mit der Schließung der Zeche Prosper Haniel in Botrop die Ära der Steinkohle endet, bleibt eines: zahlreiche Souvenirs. Klamotten, Bücher, Spiele und allerlei Kuriositäten erinnern an das Schwarze Gold aus dem Ruhrgebiet und die Bergleute, die es jahrzehntelang förderten.



SERIE Abschied von der Kohle

Besondere Andenken sammeln zurzeit einige der noch aktiven Bergleute in Botrop. Sie nehmen seit ein paar Wochen immer wieder mal ein Stückchen Steinkohle mit nach Hause. „Da hängt ein Gutteil meines Lebens dran, das sind für mich kleine Glücksbringer für die Zukunft“, erzählte ein Bergmann.

Im Gladbecker Stadtteil Elplinghorst verkauft Matthias Bohm im Ladenlokal „Freiraum“ Mode seines eigenen Labels „Grubenhelden“. Dort gibt es etwa Pullover und Mützen aus originalen Grubenhemden sowie T-Shirts, in die innen Zeilen des Steigerliedes gedruckt sind. Seit Anfang des Jahres hat Bohm auch eine Filiale in Essen auf dem Gelände der Zeche Zollverein.

Das Steigerlied, dessen Ur-

sprünge bis ins 16. Jahrhundert zurückreichen, ist anlässlich des Abschieds von der Steinkohle mehrfach aufgenommen worden.

In vielen ehemaligen Zechenstädten gibt es kleine Geschäfte, in denen Ruhrpott-Devotionalien angeboten werden. In Essen betreibt Bettina Hildebrand ihren Laden „Revier Souvenir“ und verkauft „Heimatgeföhle revierweit“. In Mülheim an der Ruhr bietet der „Ruhrgebietsladen“ etwa Schmuck-Anhänger mit Miniatur-Fördertürmen und ein Blechschild mit „Ruhrpott-Sushi“ – ein halbes Mettbrötchen mit Zwiebeln. Nicht jeder freut sich allerdings über die Nostalgie. Der Landesverband Bergbau-Betroffener warnte jüngst davor, den Steinkohlebergbau in der Erinnerung auf „Kohle-Romantik mit Grubenlampe“ zu beschränken. Die rund 22.000 Bergschadensmeldungen jährlich, die von der RAG auch künftig bearbeitet und reguliert werden müssten, seien eine ganz andere Art der „bleibenden Andenken“, erklärte Verbandsvorstand Ulrich Behrens. *epd*



Das Quartett „Zechen Stechen“ gibt es in Essen zu kaufen. *FOTO REVIER SOUVENIR*

## Mordlust eines 15-Jährigen

Mitschüler ersticht die 14-jährige Keira bei Verabredung zu Hausaufgaben.

**Berlin.** Mehr als acht Monate nach einer tödlichen Messerattacke auf die 14-jährige Keira aus Berlin ist ein Mitschüler zu einer Haftstrafe von neun Jahren verurteilt worden. Eine Jugendkammer des Landgerichts in der Hauptstadt sprach den 15-jährigen Deutschen am Donnerstag des Mordes schuldig. Der Jugendliche habe aus reiner Mordlust getötet. Das teilte eine Gerichtssprecherin mit. Der Prozess fand hinter verschlossenen Türen statt. Der Tod von Keira hatte bundesweit Fassungslösung und Entsetzen ausgelöst. Die Eischnellläuferin war am 7. März mit mehr als 20 Messerstichen in ihrer Wohnung getötet worden. Täter und Opfer kannten sich. Sie gingen auf dieselbe Schule. In Ermittlerkreisen hieß es, dass beide zu Hausaufgaben verabredet gewesen seien. Die Mutter hatte ihre blutüberströmte Tochter gefunden, als sie von der Arbeit kam. Ärzte schafften es nicht mehr, das Mädchen

zu retten. Karin G., die Mutter, hatte den Prozess als Nebenklägerin verfolgt.

Das Mordlust bei einem Jugendlichen angeklagt ist, sei ein sehr seltener Fall, hatte Anwalt Roland Weber schon zum Prozessauftakt betont. Das bedeute, aus Freude darüber zu töten, ein anderes Leben zu vernichten. Weber ist auch Opferbeauftragter des Landes Berlin. Er begleitete im Prozess die Mutter von Keira.

Das Gericht blieb mit dem Strafmaß nur wenig unter dem Antrag der Staatsanwaltschaft. Diese hatte eine Jugendstrafe von neun Jahren und zehn Monaten gefordert. Die Verteidiger hatten laut Gericht auf eine deutlich geringere Haftstrafe wegen eines „allenfalls minderschweren Fall des Totschlags“ plädiert. „In meinem Leben ist nichts mehr so, wie es war. Und es gibt nichts, was es wieder gutmacht. Meine Tochter bleibt tot“, so die Mutter. *dpa*